Die „Republikaner“: Profile einer neuen Partei

Dr. Gerhard Paul, geb. 1951 in Biedenkopf, Studium der Sozialwissenschaften, von 1975 bis 1981 Referent des Deutschen Volkshochschul-Verbandes für politische Jugendbildung, ist seit 1984 Dozent am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin (Arbeitsgebiete: Faschismusforschung, Widerstand und Exil, Rechtsextremismus, Saargeschichte).

Schönhuber und seine „Republikaner“ haben im 40. Jahr der Republik das geschafft, um was sich Freys „Deutsche Volksunion“ (DVU) und Mußgnugs „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) seit Jahren vergeblich bemüht haben: den Rechtsextremismus sozial akzeptabel und politisch hoffähig zu machen, ihn von dem stigmatisierenden Schatten Hitlers zu befreien.¹ Als rechtsextrem-populistische Protestpartei der „kleinen Leute“ haben sich die „Republikaner“ erstaunlich schnell etabliert; auch eine mögliche Obser-

¹ Vgl. Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Berlin-Bonn 1989.

vierung durch die Verfassungsschutzbehörden wird daran kaum etwas ändern können.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik profitiert eine Rechtsaußenpartei von der beschleunigten Auflösung der sozialen Milieus und der Krise der Volksparteien und mobilisiert gleichsam als neue Sammlungspartei Erfahrungen, Ängste und politische Einstellungsmuster, die von den großen Parteien nicht mehr hinreichend thematisiert werden. Die Wahlerfolge der „Republikaner“ sind das Produkt des Leidens einer immer größer werdenden Zahl von Menschen an neuen gesellschaftlichen Widersprüchen, am Tempo einer ungebremsten Modernisierung und einer immer komplexer werdenden gesellschaftlichen Ordnung, in der es immer schwerer fällt, sich zurechtzufinden, sich heimisch und politisch vertreten zu fühlen.

Die „neue Rechte“ um Schönhuber kommt „postfaschistisch“ daher, beherrscht besser als ihre rechtsextremen Konkurrenten das Repertoire der Distanzierung vom Nationalsozialismus, kleidet ihre Themen zeitgemäß ein, stellt ihren propagierten Nationalismus als „demokratisch geläutert“ dar und tarnt sich als verfassungskonform. Aber so wenig wie die Nationalsozialisten sozialistisch waren, so wenig sind die „Republikaner“ republikanisch. Trotz ihres positiven Images und ihrer „temperierten Formulierungen“, die die Schönhuber-Truppe - wie das „Institut der deutschen Wirtschaft“ kürzlich zu Recht betont hat - zur „Einsteigsdroge“ des Rechtsextremismus in das parlamentarische System der Bundesrepublik hat werden lassen, stehen die „Republikaner“ - wirft man einen Blick auf ihre Organisationsstruktur, ihre Führungskader, ihre Programmatik und Propaganda - in der Tradition jener Vergangenheit, die „nicht vergehen will“. Gleichwohl: Mit dem „klassischen“, eigentlich immer schon hilflosen Instrumentarium des linken Antifaschismus wird es nicht gelingen, die neue Herausforderung von rechtsaußen abzuwehren.

Organisation, Führung, Mitgliedschaft

Organisationsgeschichtlich begannen die „Republikaner“ als Spaltpilz im Unionslager. Schon der Gründungsakt von 1983 signalisierte ein strukturelles Dilemma der neuen „Wende-Regierung“, die mit der Regierungsübernahme innen- und außenpolitische Hoffnungen ihres rechtskonservativen Klienteis geweckt hatte, die sie aufgrund ihrer rechtlichen, politischen und ökonomischen Einbindungen aber nicht befriedigen konnte. Trotz verschärfter nationaler Töne kam es zum Milliardenkredit an die DDR, den insbesondere die CSU-Basis als Verrat an fundamentalen deutschlandpolitischen Grundsätzen der Union interpretierte. Eine Austrittswelle aus der Strauß-Partei setzte ein, aus der heraus sich die Gründungstroika um den CSU-Bundestagsabgeordneten Franz Handlos, den wehrpolitischen Sprecher der CSU Ekkehard Voigt und den Hauptabteilungsleiter beim Bayerischen Rundfunk Franz Schönhuber rekrutierte. Nach dem Ausbooten der beiden Mitgründer gelang es dem Rundfunkjournalisten und ehemaligen SS-Mann Schönhuber 1985, sich als

Alleinherrscher der neuen Rechtsaußenpartei durchzusetzen und die in der Zwischenzeit ganz auf ihn fixierte Partei zunehmend als Sammlungspartei zwischen enttäuschem Rechtskonservatismus und frustriertem Rechtsextremismus zu profilieren.

In den folgenden Jahren gesellte sich zum CSU-Stamm der „Republikaner“ eine Gruppe von Vertriebenen-Funktionären, die die personelle Basis der Partei ins Lager der Vertriebenen-Verbände erweitern sollte. Mit der Wahlempfehlung der ehemaligen „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“, die es bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein 1982 auf respektable 3,8 Prozent gebracht hatte, für die Schönhuber-Truppe und der zunehmenden Rekrutierung führender Funktionäre aus den Reihen von NPD und DVU wurde deutlich, daß der neuen Partei zunehmend auch Sympathien im älteren Rechtsextremismus zuteil wurden. Nicht selten gelang es ehemaligen NPD-Funktionären, Führungsfunktionen in den Landesverbänden der Partei zu besetzen. Eine Überprüfung von 282 Funktionären der „Republikaner“ durch das Köhler „Bundesamt für Verfassungsschutz“ ergab in 44 Fällen Erkenntnisse über eine Karriere in anderen rechtsextremistischen Organisationen. Nicht nur der Juniorchef der „Republikaner“ und Vorsitzende seiner Partei in Bayern, Harald Neubauer, der zuvor bei NPD und DVU hospitiert hatte, gehört zu dieser Gruppe; im Berliner Abgeordnetenhaus repräsentiert der ehemalige NPD-Landesvorsitzende Rudolf Kendzia die neue Partei; in Niedersachsen wurden die „Republikaner“ von einem Mann mit NPD-Vergangenheit geführt, und auch in Nordrhein-Westfalen hatten 10 der 19 Vorstandsmitglieder auf Landesebene eine explizit rechtsextremistische Vergangenheit hinter sich.² Trotz der wiederholten Behauptungen Schönhubers, nichts mit NPD und DVU zu tun haben zu wollen, gab der Bundesvorsitzende der NPD Mußnug für die bevorstehenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg Absprachen auf kommunaler Ebene mit den „Republikanern“ bekannt. Die Schönhuber-Partei - so scheint es - wird zunehmend auch zur neuen politischen Heimat des erfolglosen und frustrierten älteren Rechtsextremismus.

Organisatorisch gliedern sich die „Republikaner“ in Landesverbände, Kreisverbände und Ortsgruppen, wobei insbesondere der Aufbau auf kommunaler Ebene erst am Anfang steht und das Organisationsnetz noch ein starkes Nord-Süd-Gefälle aufweist. In einigen Regionen der Bundesrepublik ist die Schönhuber-Truppe organisatorisch gegenwärtig noch gar nicht präsent. Was hier fehlte, machten die elektronischen Massenmedien und die öffentlichen Diskussionen um die „Republikaner“ im Europawahlkampf 1989 wett. Sie verbreiteten ein diffuses Image der neuen Partei, das ausreichte, Schönhuber Wählerstimmen zu sichern und in jedem Wohnzimmer präsent sein zu lassen. Ebenfalls erst am Beginn steht der Aufbau von Jugend- und Studentenorganisationen. Propagandistisch und organisatorisch stehen die „Republikaner“ weiterhin im Schatten der potenteren DVU und NPD. Ihre Wahlerfolge eilten

² DER SPIEGEL, Nr. 22/1989; Kurt Hirsch/Hans Sarkowicz, Schönhuber. Der Politiker und seine Kreise, Frankfurt a. M. 1989, S. 36-44; Frankfurter Rundschau (FR). 19. 7.1989: „Republikaner‘ durchleutet“.

ihrer organisatorischen Differenzierung und Verbreitung weit voraus, waren hiervon relativ unabhängig. Mit der finanziellen Spritze aus dem Wahlkampfkostenfond der Europawahl in Höhe von 16,5 Millionen DM allerdings dürften die organisatorischen Defizite bald ausgeglichen sein.

Trotz eines formaldemokratischen Parteaufbaus sind die „Republikaner“ ganz auf ihren Chef Schönhuber ausgerichtet. Ohne ihn läuft nichts in der Partei. Auf ihn konzentriert sich die Versammlungspropaganda; er repräsentiert die Partei nach außen; er erteilt Redeverbot und so weiter. Insgesamt ähnelt seine Truppe so mehr dem Typus einer autoritären Führerpartei, was selbst innerparteilich auf Kritik stößt, denn einer demokratisch verfaßten Volkspartei.

Die Angaben über die Mitgliederstruktur der „Republikaner“ sind ungenau. Die in den Massenmedien wiederholt genannten Zahlen über den hohen Prozentsatz von jungen Mitgliedern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes - vornehmlich Polizeibeamten - stützen sich auf Informationen der „Republikaner“ selbst. Sie sind von dem propagandistischen Interesse geprägt, der neuen Rechtsaußenpartei das Image von Jugendlichkeit und Verfassungsloyalität zu verschaffen. Über die wahre Zusammensetzung der etwa 14 000 Parteimitglieder (Stand: Mai 1989) sagen sie nichts aus.

Das Programm

Im Zentrum der programmatischen Äußerungen der „Republikaner“³ steht das als Nationalstaat verfaßte Volk. Alles, was dessen Einheit und Interesse widerstrebt, wird als Ausdruck von Chaos und Tod attackiert; alles, was dessen Existenz sichert und fördert, gilt als positiv. Das mit der Bonner „Wende“ wieder verstärkt in die öffentliche Diskussion gebrachte Problem der „nationalen Identität“ rangiert in den verschiedenen Programmen und Manifesten der „Republikaner“ an oberster Stelle. Aus der Perspektive der neuen Partei meint „nationale Identität“ dreierlei: die Forderung nach „nationaler Selbstbestimmung“ und nach Wiederherstellung des „Deutschen Reiches in allen seinen Teilen“, die Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft und die Forderung nach der „Entsorgung unserer Geschichte“. Nach den Vorstellungen der „Republikaner“ bedrohen „Überbevölkerung“ und rassische Durchschmischung der Bundesrepublik durch Ausländer die „nationale Identität“: „Volkstod droht!“ Ziel der Innenpolitik, so das Programm, sei daher „die Erhaltung des Bestandes des deutschen Volkes, seiner Gesundheit und seines ökologischen Lebensraumes“. Deutschland dürfe kein „Einwanderungsland“ werden.

³ Die Republikaner. Grundsatzprogramm verabschiedet auf dem 1. Bundeskongreß vom 26.11. 1983 in München, Bonn o. J.; Die Republikaner. Das Siegburger Manifest verabschiedet auf dem Bundesparteitag am 16. 6.1985 in Siegburg/Bonn, München o. J.; Die Republikaner. Programm der Republikaner von 1987, München o. J. Zum Programm vgl. auch Claus Leggewie, Die Republikaner. Phantombild der neuen Rechten, Berlin 1989, S. 87-102 sowie Gerhard Paul, Republik und „Republikaner“. Vergangenheit, die nicht vergehen will?, in: Ders., Hitlers Schatten verblaßt, S. 138-142.

Um die Bedrohung der Nation durch „Überfremdung“ - wie es im „Siegburger Manifest“ von 1985 heißt - zu lösen, wird der Entrechtung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer das Wort geredet und das Bild einer modernen Sklavenhaltergesellschaft entworfen, wie der FDP-Vorsitzende Lambsdorff zu Recht kritisiert hat. Die Verweigerung von Bürger- und Menschenrechten für Ausländer und ihre Entrechtung auf den Status von Gästen erweisen sich als taktische Voraussetzung einer flexiblen, durch keine rechtliche Bindungen eingeschränkten Handhabung des Ausländerproblems. Die „Republikaner“ fordern nicht einfach wie ihre rechtsextremistischen Konkurrenten „Deutschland den Deutschen - Ausländer raus!“, sondern anerkennen durchaus die ökonomische Notwendigkeit der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern und favorisieren daher eine Strategie der Entrechtung, nach der Ausländer jederzeit, wenn dies ökonomisch oder politisch wünschenswert erscheint, ein weiterer Aufenthalt verweigert werden kann. Die propagandistisch einfache Zurückführung aller Übel, angefangen von der Arbeitslosigkeit, der Kriminalität, über die ökologische Zerstörung bis hin zur Rentenproblematik auf die vermeintliche „Überfremdung“ der Republik läßt zudem die Abschaffung des grundrechtlich verankerten Asylrechts und die rechtliche Diskriminierung von Ausländern zu Menschen zweiter Klasse als legitime Notwehrmaßnahme erscheinen. Aus dem Theorem der „Überfremdung unseres Lebensraumes“ - eine Formulierung, die fatal zurückerinnert an Hans Grimms „Volk ohne Raum“ - und der Forderung nach „nationaler Selbstbestimmung“ ergibt sich folgerichtig eine geopolitische Raumvorstellung vom „Deutschen Reich“, die die Grenzen der Bundesrepublik überschreitet, und ein Gesellschaftsmodell, in dem für Ausländer kein Platz mehr ist. In praktische Politik umgesetzt bedeuten Schönhuber-Äußerungen wie „Deutschland darf kein Einwanderungsland werden“ und „Wir wollen, daß Deutschland deutsch bleibt. Dazu gehören auch das Sudetenland, Ost- und Westpreußen“ eine innen- wie außenpolitische Kampfansage an die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und an die Nachbarn im Osten. „Demokratisch geläutert“ ist an diesem als „Patriotismus“ verkauften Nationalismus nichts.

Zur „nationalen Identität“ gehört für die „Republikaner“ auch ein ungezügelter Blick auf die deutsche Vergangenheit. Mit seinen Forderungen nach „Entkriminalisierung“ oder „Entsorgung“ der deutschen Geschichte, der Verkündung des Endes der „Umerziehung“ oder der publikumswirksamen Erklärung, der „Fahrkartenschalter nach Canossa“ sei geschlossen, erweist sich Schönhuber als „Ernst Nolte im Bierzelt“ (Leggewie). Seine Interpretation der „nationalen Revolution“ als Rebellion der kleinen Leute und seine Ehrenrettung der „guten Seiten“ des Nationalsozialismus, der Arbeitsbeschaffungspolitik und der die Klassen transzendierenden NS-„Volksgemeinschaft“, in der „der Herr Generaldirektor plötzlich neben seiner Tipse durch die Gegend godelte“,⁴ zählt zum Waffenarsenal des historischen Revisionismus, mit dem

⁴ Vgl. das Interview mit Schönhuber in Leggewie, Die Republikaner, S. 119.

die „guten“ gegen die „schlechten“ Seiten des Nationalsozialismus verrechnet werden sollen.

Ordnungs- und sicherheitspolitisch profilieren sich die „Republikaner“ als „law-and-order“-Partei. Dem „Gemeinwohl“ und einem effizienten Funktionieren des Staates, der die „deutschen Interessen“ zu wahren hat, werden die Bürger- und Individualrechte untergeordnet. Gefordert wird, das „Vertrauen in die Exekutive und ihre Organe“ wiederherzustellen, das Demonstrationsrecht durch verschiedenste Maßnahmen weiter einzuschränken, den Strafvollzug zu verschärfen und die Polizei besser auszurüsten. Fundamentale Grundrechte wie das der Pressefreiheit werden zur Disposition gestellt, demokratische Tugenden und die Gültigkeit rechtsstaatlicher Verfahren gerade auch im Umgang mit Andersdenkenden aufgekündigt, wenn Schönhuber beispielsweise postuliert: „Mit Autonomen diskutiert man nicht; Autonome sperrt man ein!“

Wirtschaftspolitisch möchten die „Republikaner“ den Klein- und Mittelstand gestärkt wissen und die Gewerkschaften an die Kette des „Gemeinwohls“ legen. Im Bereich der Umweltpolitik plädieren sie für die Regelungsmechanismen der „natürlichen Kreisläufe“ und lehnen umweltzerstörende Großprojekte ab. Gegenwärtig arbeiten die Schönhuber-Funktionäre an einer stromlinienförmigeren Neufassung ihres Parteiprogramms, das unter dem Aspekt der Verfassungsloyalität problematische Formulierungen oder bestimmte Wählerpopulationen wie die Frauen abstoßende Passagen vermeiden soll.

Die Propaganda

Deutlicher noch wird die Nähe zu jener Vergangenheit, „die nicht vergehen will“, wirft man einen Blick auf die Propagandastrategien der neuen Partei. Wie einst in der NSDAP-Propaganda der „Kampfzeit“ vor 1933 wird die Pseudorealität einer drohenden Apokalypse konstruiert, die die Folie der eigenen „positiven“ Selbstdarstellung und der Anpreisung vermeintlich Verantwortlicher für das nahe Chaos abgibt. In immer neuen Variationen beklagt Schönhuber die „Vernichtung des deutschen Volkes“, sieht den „Bestand unseres Volkes“ durch „Überfremdung“ gefährdet, bläht die Kreuzberger Krawalle vom 1. Mai 1989 zu den „Anfängen eines Bürgerkrieges“ auf oder bezeichnet den EG-Binnenmarkt als „Todesdrohung für unser Volk“, da durch die Öffnung der Grenzen Mafia und Camorra, Drogenhändler und internationale Verbrecherorganisationen über Deutschland hereinbrechen würden. Wenn Schönhuber vom „linken Verbrechergesindel“ redet, seinen Zuhörern verkündet, die Grünen seien die „Todesschwadron unserer Gesellschaft, die apokalyptischen Reiter“, die Liberalen ein „Krebsgeschwür“, so präsentiert er damit nicht nur die vermeintlich Verantwortlichen für das drohende Ende, sondern propagiert sprachlich - sozusagen als Selbstschutzmaßnahme des gefährdeten Volkes - die Strategie der Ausgrenzung und Vernichtung. Das ist die alte Methode des faschistischen Agitators, zunächst das Bedrohungsszena-

rium eines von Ausländern, Linken, Kriminellen, Aids-Kranken und so weiter bedrängten Volkes zu entwerfen, Sündenböcke für das Übel zu präsentieren und sich dann selbst als Retter aus der Not anzubieten und den Tag der Erlösung und Abrechnung anzukündigen, wie Schönhuber dies wiederholt in seinen Bierzeltveranstaltungen tut.

Wie geschickt die scheinbar so verfassungstreue Rechtsaußenpartei die Propagandastrategien der Nazis beherrschen, demonstrierten sie mit ihrem Berliner Wahlkampfsport vom Januar 1989. Zur Titelmelodie aus „Spiel mir das Lied vom Tod“ wurde ein visuelles Kaleidoskop der Apokalypse entfaltet: verummte und randalierende Demonstranten, Herointote, Arbeitslose, Punker, Bilder vom türkischen Alltag in Berlin. Dazu der Kommentar des Obersaubermanns und Berliner „Republikaner“-Chefs: „Überfremdung, Wirtschaftsasyllanten, Chaoten, Rauschgiftsüchtige und die unsägliche Teilung der Stadt sind Auswüchse der bisher geleisteten Politik.“ Hinter der dunklen, stilisierten Silhouette der Berliner Innenstadt tauchte anschließend als Symbol der Errettung die aufgehende Sonne auf, aus der langsam der Schriftzug „Man kann wieder wählen. Die Republikaner“ heraustrat.

Die Propaganda Schönhubers lebt von einfachen Gegensätzen: hier das Chaos - dort die Erlösung, hier die Terroristen und Totengräber - dort das „wahre Deutschland“, hier die „Schicki-Micki-Gesellschaft“ der Yuppies und Neureichen - dort Schönhubers „Getreue“, wie er seine Anhänger nennt, hier die „Pfründe-Republik“ - dort die Idealisten einer besseren Welt. Der materialistischen Korruptionsgesellschaft will Schönhuber neue Ideale entgegensetzen. So fordert er: „Heraus aus den Kellern der Verweigerung“ oder postuliert: „Ohne Visionen, ohne Utopien kann keine zukunftsorientierte Politik gemacht werden.“ Wie Goebbels glaubt Schönhuber, daß nicht für Forderungen wie der 35-Stunden-Woche, wohl aber für „große Ideale“ gekämpft werde. Und so propagiert er landauf und landab seine Vision einer nationalen „Volksgemeinschaft“, eines wiedervereinigten, mächtigen Deutschlands und appelliert an seine Zuhörer, die bevorstehende Apokalypse gemeinsam mit ihm zu verhindern. Schönhuber selbst bezeichnet sich dabei als „Widerstandskämpfer gegen die moralische Versumpfung unseres Volkes“ und präsentiert sich als smarter und telegener Retter, der die großen Themen und Ideale der Zeit formuliert.⁵

Die Propagandasprache der „Republikaner“ - nach einer Analyse des bundesdeutschen PEN-Clubs verglichen mit NPD und DVU ein „Fortschritt an demagogischer Professionalität“⁶ - deutet ständig an und relativiert zugleich, was den Nachweis der Verfassungsfeindlichkeit und der nazistischen Kontinuität erschwert. Es ist eine assoziative Sprache, die vieles offenläßt, bei der sich aber jeder seinen Teil denken kann.

⁵ Vgl. Paul, Republik und „Republikaner“, S. 142-145.

⁶ PEN-Zentrum Bundesrepublik Deutschland, Resolution der Jahrestagung in Köln vom 18. - 20. Mai 1989, verfaßt von Carl Amery.

Von unterschiedlichster Seite sind in den vergangenen Monaten Programmatik und Propaganda der „Republikaner“ beleuchtet worden. Der Vorsitzende der „Gewerkschaft der Polizei“ Hermann Lutz wies darauf hin, daß das formelle programmatische Bekenntnis zum Grundgesetz noch nichts über die wirkliche Verfassungstreue der „Republikaner“ aussage. Vielmehr lasse eine Analyse des Programms, zum Teil bis in wörtliche Formulierungen hinein, die „Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut“ klar erkennen.⁷ Sprachlich und sachlich bewegten sich die „Republikaner“ in der Tradition des Rechtsextremismus und wiesen auch Berührungspunkte mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auf, befand auch eine im Auftrag des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ publizierte Studie. Die Propagierung einer heilen Welt und die Unterordnung von Verbänden und Individuen unter ein angebliches Gemeinwohl stehe in der Denktradition des „starken Staates“.⁸ Manche Äußerungen der „Republikaner“ erinnerten auch den Bundesinnenminister bei seiner Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 1988 „an einen Sprachgebrauch, dessen sich Vertreter des Extremismus bedienen.“ „Die Übergänge zwischen betont nationalen und ausländerabweisenden Äußerungen einerseits und verfassungsfeindlicher Ausländerhetze andererseits - wie dem Absprechen der vom Grundgesetz garantierten Menschenrechte - sind fließend“.⁹ Eine Analyse des Parteiorgans „Der Republikaner“ durch den Verfassungsschutz wurde noch deutlicher: „Die Breite der von dem Parteiorgan aufgegriffenen Themen läßt kaum ein Agitationsfeld aus, das nicht auch von den rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU-Liste D genutzt wird.“ In nichts unterscheide sich die Partei von den Rechtsextremisten, wenn es um das „Diffamieren und Verleumden der politisch Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und ihrer politischen Gegner geht.“¹⁰

Die Wähler

„Bürgerliche Menschen und Arbeiter“ hat Schönhuber explizit zu seinen primären Zielgruppen erkoren. Die Entscheidung falle auf der Straße, bei den Arbeitern, „wo Masse ist“.¹¹ Wie es scheint, droht sich Schönhubers Hoffnung, seine Wähler besonders aus der Arbeiterschaft zu rekrutieren, zu erfüllen. Tatsächlich weisen die bislang vorliegenden Wähleranalysen daraufhin, daß es einer rechtsextremistischen Partei nach 1945 erstmals zu gelingen scheint, traditionelle generationelle und soziologische Immunitätsbarrieren zu überwinden, die gestern noch dem Angriff von rechtsaußen standhielten.

Nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus vom 20. Januar 1989, bei der die „Republikaner“ mit 7,5 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erstmals die 5-Prozent-Hürde übersprangen, den hessischen Kommunalwahlen vom 12. März 1989, bei denen sie im Rheingau-Taunus- und im Wet-

7 Hermann Lutz, Das Programm der „Republikaner“ verrät Nähe, in: FR, 22. 5.1989.

8 FR, 7. 7.1989: „Unternehmer-Studie warnt vor Rechtsschwenk wegen Schönhuber“.

9 Pressedienst des Bundesministeriums des Innern: Erklärung von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 1988 am 4. 7.1989 in Bonn, S. 14.

10 FR, 19. 7.1989.

11 Zit. nach Leggewie, Die Republikaner, S. 120, vgl. auch S. 123.

terau-Kreis im ersten Anlauf auf 10,5 Prozent beziehungsweise 7 Prozent kamen und der Wahl zum Europaparlament, bei der sie bundesweit 7,1 Prozent erzielten, sowie nach einer Reihe von neueren Meinungsumfragen ergibt sich gegenwärtig folgendes Wählerprofil: Zunächst fällt ein deutlich ausgeprägtes regionales Gefälle auf. Während die Schönhuber-Partei mit 14,6 Prozent in Bayern ein Rekordergebnis erzielen konnte, brachte sie es in Nordrhein-Westfalen landesweit nur auf 4,1 Prozent. Die Wahlkreisergebnisse reichten von 1,4 Prozent im Kreis Minden-Lübbecke bis zu 22,1 Prozent im bayerischen Rosenheim. Das Hauptkontingent der Wählerschaft rekrutierte sich aus den Großstädten der Republik, wobei auch hier das Nord-Süd-Gefälle zur Geltung kam (Augsburg: 19,6 Prozent; Kiel: 5,0 Prozent).

Die sich bereits in Berlin abzeichnende Tendenz, daß es vornehmlich sozial verunsicherte und deklassierte städtische Wählerpopulationen sind, die Schönhuber wählen, bestätigte die Europawahl. Besonders in sozial benachteiligten, städtebaulich abgekoppelten Stadtteilen mit alten und zum Teil schlechten Wohnungen, mangelnder Infrastruktur und sozialen Problemen erhielten die „Republikaner“ hier überdurchschnittlichen Zuspruch. Umgekehrt fielen die Wahlresultate dort schlechter aus, wo gut gewohnt und gut verdient wird. Gleichwohl lassen die Wahlergebnisse einen eindeutigen Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosigkeit und Wählervotum für die neue Rechtsaußenpartei nicht erkennen. Ebenso wenig gibt es, wie sich schon in Berlin zeigte, eine klare Korrelation zwischen einem Wahlerfolg für Schönhuber und einem hohen Ausländeranteil, wie vorschnell vermutet werden könnte.

Es scheinen somit nicht nur die realen Erfahrungen konkreter wirtschaftlicher Not, infrastruktureller Unterversorgung und miserabler Wohnverhältnisse zu sein, die ein Votum für die „Republikaner“ begünstigen, sondern auch allgemeinere Ängste vor sozialem Abstieg und einer durch die Bonner „Wendepolitik“ forcierten gesellschaftlichen Modernisierung. Es geht auch um *befürchtete* soziale Deprivation, um eine diffuse Angst vor der Zukunft. Ihre prozentual höchsten Einzelergebnisse erzielten die „Republikaner“ in den ländlich-agrarischen Regionen Süddeutschlands, in denen bislang die CSU eine politisch-kulturelle Hegemonialstellung besaß. Schönhubers Wahlerfolg innerhalb des klassischen Strauß-Klientels dürfte als Protest der agrarischen Wähler gegen den beabsichtigten EG-Binnenmarkt und als Integrationsdefizit der diversen Strauß-Erben nach rechtsaußen zu interpretieren sein.

Mit einer hohen Mobilisierungsrate unter Jung- und Erstwählern - in Berlin hatten 14,3 Prozent der Wähler zwischen 18 und 23 Jahren Schönhuber gewählt; bei der Europawahl waren es etwa 10 Prozent - ist dem organisierten Rechtsextremismus in der Geschichte der Bundesrepublik erstmals der Sprung aus dem Getto von Altherren-Vereinen in das Lager der Jungen geglückt. Das aus dem Berliner Wahlkampf erfolgreich abgeleitete Image der Jugendlichkeit führte der Partei auch in den folgenden Wahlen überdurchschnittlich viele junge Wähler zu. Wie schon beim älteren Rechtsextremismus

waren es überwiegend Männer, die Schönhuber ihre Stimme gaben; gleichwohl darf der Frauenanteil von etwa einem Drittel an der Gesamtwählerschaft damit nicht vernachlässigt werden. Von ihrer beruflichen Zusammensetzung her erweist sich die neue Truppe als eine Partei der Facharbeiter. In keiner anderen Parteianhängerschaft waren diese - das klassische SPD-Klientel - so stark vertreten wie unter den „Republikanern“. Bereits in Berlin hatte sich gezeigt, daß in den 19 Wahlkreisen mit einem „sehr hohen Arbeiteranteil“ die Schönhuber-Partei überdurchschnittlich gut abgeschnitten hatte.¹²

Wählerwanderungsanalysen ergaben hier, daß etwa 60 Prozent der „Republikaner“ 1985 die CDU und 15 Prozent die SPD gewählt hatten. Bezogen auf das Wahlergebnis von 1981 relativierte sich der Befund: Nur mehr etwa die Hälfte hatte damals für die CDU gestimmt, aber bereits 25 Prozent für die SPD. Nach der Wählerwanderungsbilanz der „Forschungsgruppe Wahlen“ für die Europawahl hatten 40 Prozent der „Republikaner“ 1984 noch eine der beiden Unionsparteien gewählt und kamen rund 20 Prozent aus dem Lager der SPD. Den Rest teilten sich die Wähler der anderen Parteien, die Nicht- und die Erstwähler. Die vorschnelle Freude des Bonner SPD-Vorstandes, über die Stimmenverluste der Union zugunsten der „Republikaner“ 1990 an die Regierung zu kommen, erwies sich rasch als Seifenblase. Längst hat der SPD-Vorstand erkennen müssen, daß die Schönhuber-Partei auch ein Problem für die SPD ist. Gerade die klassische Stammwählerschaft der Arbeiterwohngebiete, auf die sich bislang die SPD verlassen konnte, zeigte sich bei der Europawahl keineswegs gefeit gegen die rechtsextreme Versuchung. Ob in den Nürnberger Sanierungsgebieten, dem „roten“ Wilhelmsburg in Hamburg - dem ehemaligen Wahlkreis Herbert Wehners - oder im Dortmunder Norden, in Wahlbezirken also, die traditionell sozialdemokratisch wählten, erzielten die „Republikaner“ überdurchschnittliche Ergebnisse. Im Dortmunder Norden stellten nach einer Untersuchung des Forsa-Institutes ehemalige SPD-Wähler mit 39 Prozent den größten Block der neuen „Republikaner“-Wähler dar. Weitere 7 Prozent der SPD-Wähler vom Juni konnten sich hier vorstellen, demnächst auch Rechtsextremisten zu wählen. Nach einer neueren Umfrage, die das Institut Anfang August im Auftrage des „Stern“ unter einem repräsentativen Querschnitt von 1 080 wahlberechtigten SPD-Wählern und -Mitgliedern im gesamten Ruhrgebiet durchführte, hielten es auch hier 6 Prozent für möglich, bei einer kommenden Wahl für die „Republikaner“ zu stimmen.¹³ Neben der Rekrutierung aus dem Lager der etablierten demokratischen Parteien scheint es den „Republikanern“ zudem verstärkt zu gelingen, das Wählerreservoir des traditionellen Rechtsextremismus auszuschöpfen, wie Wahlergebnisse in Baden-Württemberg und Hessen exemplarisch zeigen.

12 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Berlin, Mannheim 1989; DIE ZEIT, 3. 2.1989: „Ein Denkkzettel für den Senat“; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 6. 1989: „Wie in einer zweigeteilten Republik. Brisantes Gemisch aus sozialen Ängsten und nationalen Gefühlen. Auszüge aus der Inf as-Wahlanalyse“; Wolfgang G. Gibowski/Matthias Jung, Wer sind, wer wählt die Republikaner? Ein demoskopisches Portrait der neuen Partei, in: DIE ZEIT, 30. 6.1989.

13 Vorstellung der Untersuchung der Forsa-Analyse in: PANORAMA, ARD, 25. 7. 1989; vgl. FR, 25. 7. 1989: „Rechtstrend in SPD-Hochburg“. Die Ergebnisse der neuesten Forsa-Umfrage aus dem Ruhrgebiet sind veröffentlicht in: STERN, Nr. 23,10. 8.1989: „Wilderer im roten Revier“.

Nach wie vor ist über die Motive der neuen rechtsextremen Wählerschaft wenig bekannt. Durchgängig lassen sich zwar soziale Protesthaltungen und nationalistische Gesinnungsmuster erkennen; über die Gewichtung beider Haltungen aber läßt sich nur spekulieren. Insgesamt wäre es verfehlt, ausschließlich sozio-ökonomische Motive für die Wahlentscheidung zugunsten der „Republikaner“ verantwortlich zu machen, zu sehr sahten sie auch in prosperierenden Landstrichen und Stadtteilen ab, die von sozialen und infrastrukturellen Problemen weitgehend verschont geblieben sind. Auch der Hinweis auf bislang durch die Unionsparteien gebundene autoritär-nationalistische Einstellungen, die innerhalb des west-östlichen Entspannungsprozesses zunehmend hinfällig werden, genügt nicht, um die Wahlerfolge der neuen Partei zu erklären. Zwar wollen sich 62 Prozent der „Republikaner“-Wähler - und damit doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung - mit der Oder-Neiße-Linie nicht abfinden, halten 41 Prozent es für wichtig, welche Männer an der Spitze des Staates stehen, fordert die Mehrheit den Schlußstrich unter die Vergangenheit und kritisiert, daß die Bundesrepublik der Zahlmeister und Prügelknabe Europas sei oder meinen gar 99 Prozent, es gebe zuviele Ausländer im Lande; diese Einstellungsmuster aber sind nicht neu und konnten bislang durch die etablierten Parteien gebunden werden.

In das Wählervotum zugunsten der Schönhuber-Truppe mischen sich allgemeinere Ängste vor einem rasanten technologischen Modernisierungsprozeß ein, die von den großen Parteien nur ungenügend thematisiert werden, und eine zunehmende Entfremdung vom politischen System der Bundesrepublik, die durch die alle Parteien betreffenden Korruptionsfälle und Skandale der letzten Jahre (Barschel-Affäre; Parteispenden-Skandal; Neue Heimat...) verstärkt worden ist. Immerhin zwei Drittel der Schönhuber-Wähler sind mit dem politischen System der Bundesrepublik unzufrieden. Eine gleich große Zahl der SPD-Anhänger, die sich die Wahl der „Republikaner“ vorstellen konnte, nannte in der Forsa-Umfrage als Grund Protest, „damit sich die anderen Parteien mehr um die Belange der kleinen Leute kümmern“. Immer mehr Bürger glauben, daß sich „die da oben doch nur noch selbst vertreten“. Insbesondere rechts-anfällige bisherige SPD-Wähler aus der Arbeiterschaft fühlen sich als Folge der Intellektualisierung ihrer Partei nicht mehr adäquat vertreten, kommen mit den Reformvorschlägen ihrer Partei zum Ausländerwahlrecht nicht mehr mit und deuten die Entfremdung von ihren politischen Repräsentanten in der Tradition der alten These von der „Arbeiteraristokratie“.

Daß es den „Republikanern“ gelingt, diese Erfahrungen, Einstellungsmuster und Ängste zu mobilisieren, zu besetzen und im nationalistisch-autoritären Sinne umzudeuten, hat offenbar Gründe in Veränderungen der politischen Kultur *und* in der populistisch-modernen Selbstdarstellung der neuen Rechtsaußenpartei selbst. So hat die „Wendepolitik“ des Tabubruchs, der nationalen Symbolik und der zunehmenden Integration von Fremdenfeindlichkeit in die Politik die Tabuschwelle des Nationalismus gesenkt und den rechtsextremen historischen Revisionismus begünstigt. Erst die weite Öff-

nung der politischen Kultur nach rechts hat Themen hoffähig werden lassen, quasi normalisiert, mit denen die „Republikaner“ heute auf Stimmenfang gehen. Durch die gleichzeitig fortschreitende weitere Erosion der traditionellen Parteienlager, die Fixierung der Bonner Parteien auf die saturierte Mehrheit der Zweidrittelgesellschaft und den gleichzeitigen Deutungsverlust der Sozialdemokratie für soziale Probleme ist eine durch keine Partei mehr gebundene, gleichsam vagabundierende Wählerschaft und ein kognitiv-politisches Vakuum entstanden, in das hinein die „Republikaner“ ihre einfachen nationalistisch-autoritären und fremdenfeindlichen Deutungs- und Selbstdarstellungsmuster plazieren konnten. In diesem Sinne hat Kurt H. Biedenkopf recht, wenn er den Aufstieg der „Republikaner“ als das „Produkt eines teilweisen Versagens der Volksparteien“ interpretiert.¹⁴

Atomisierung und Krisenängste, Auflösung sozialer Milieus und Entfremdung vom politischen System, Deutungsverlust der etablierten Parteien an ihren Rändern und ideologische Vakuen dürften die Stichworte sein, von denen aus sich der überraschende Erfolg der „Republikaner“ deuten läßt. Multifaktorelle, nicht kurzschlüssig sozio-ökonomische Erklärungsmuster sind angesagt.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, hat zu Recht eine klare Unterscheidung zwischen der Führung der neuen Rechtsaußenpartei und ihrer Wählerschaft gefordert und davor gewarnt, die Wähler vorschnell mit dem Etikett „faschistisch“ oder „neonazistisch“ zu kennzeichnen. Wenn man einem oft genug sage, er sei ein Rechtsradikaler oder Faschist, dann glaube er es am Ende auch. Vielmehr gelte es, die Sorgen, Nöte und Ängste dieser Wähler ernst zu nehmen. Neben einer inhaltlichen, argumentativen Auseinandersetzung mit den „Republikanern“ sei eine Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderlich, die Armut und soziale Deklassierung eines Teils der Bevölkerung verhindere.¹⁵

Die Bundesrepublik, wir alle, werden lernen müssen, mit Rechtsextremisten in unseren Parlamenten zu leben. Eine Gefahr für die Demokratie geht von ihnen nur mittelbar aus, indem sie die Union zwingen könnten, sich noch weiter nach rechtsaußen zu profilieren. Die Überlegungen von CDU und CSU zur Ausländerpolitik, die nationalistischen Töne Finanzminister Waigels, das Deutsche Reich sei mit der Kapitulation 1945 keineswegs untergegangen, oder auch die Erklärung des CSU-Generalsekretärs, zu viele Gedächtnisveranstaltungen zum Jahrestag des Kriegsbeginns vor 50 Jahren seien schädlich, deuten an, daß die Union die analytischen Thesen Kurt H. Biedenkopfs zum Aufstieg der „Republikaner“ nicht begriffen hat und anstatt die neuen strukturellen Defizite im demokratischen System der Bundesrepublik zu beseitigen, durch ein weiteres Abdriften nach rechtsaußen das Problem beseitigen möchte.

14 Kurt H. Biedenkopf, Augen zu und durch? Republikaner: Die Volksparteien reagieren hilflos, in: DIE ZEIT, 7. 7.1989.

15 Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8. 7.1989: „Nicht zu Neonazis stempeln“.